

BUNDESSCHÜLER*INNENKONFERENZ

Bundesschüler*innenkonferenz begrüßt überarbeitete Empfehlung der Bildungsministerkonferenz zur Erinnerungskultur; fordert verbindliche Schüler*innenbeteiligung bei der Umsetzung

Berlin, 16. Juni 2026 – Die Bundesschüler*innenkonferenz (BSK) begrüßt die Entscheidung der Bildungsministerkonferenz, ihre Empfehlung zur Erinnerungskultur an Schulen erstmals seit 2014 grundlegend zu überarbeiten. Die Erweiterung um Themen wie SED-Diktatur, Kolonialismus, Antiziganismus, rechtsextreme Gewalt sowie den kritischen Umgang mit Quellen, Medien und Künstlicher Intelligenz entspricht zentralen Forderungen, die die BSK seit Jahren vertritt.

„Die wachsende Zahl extremistisch motivierter Vorfälle an deutschen Schulen zeigt deutlich: Hier muss gehandelt werden“, erklärt Amy Kirchhoff, Generalsekretärin der BSK.

„Historisches Grundwissen und Medienkompetenz sind zwei Seiten derselben Medaille. Beides zusammen legt das Fundament für eine Generation, die Demokratie nicht nur kennt, sondern aktiv verteidigt.“

Die BSK verweist darauf, dass diese Schwerpunkte seit Jahren Teil ihrer eigenen Positionen sind: Sie fordert verpflichtende Medienbildung einschließlich KI-Kompetenzen bereits ab der 5. Klasse, eine durchgängige Stärkung politischer Bildung im Unterricht, demokratische Kernkompetenzen als verbindliches Bildungsziel sowie die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und anderen Formen des Extremismus als festen Bestandteil schulischer Bildung. Die nun angekündigte Überarbeitung greift diese Anliegen auf substantielle Weise auf.

Zugleich macht die BSK deutlich, dass die Wirksamkeit der neuen Empfehlung von ihrer konkreten Umsetzung im Unterricht abhängt. „Erinnerungskultur darf kein Frontalunterricht über die Vergangenheit bleiben“, so Kirchhoff. „Damit Schüle*rinnen die Bedeutung dieser Themen für den Erhalt unserer Demokratie tatsächlich verinnerlichen, müssen sie aktiv in die Gestaltung des Unterrichts eingebunden werden. Zum Beispiel durch Projektarbeit, Gedenkstättenfahrten, Debatten und digitale Formate, die Lebenswirklichkeiten aufgreifen.“

Berlin, 16. Juni 2026

Die BSK fordert die Länder auf, bei der für 2027 angekündigten Überarbeitung Schüler*innenvertretungen frühzeitig in den Erarbeitungsprozess einzubeziehen, und bietet hierfür ihre Mitwirkung an. Nur wenn die Perspektive der Betroffenen von Anfang an mitgedacht werde, könne aus einer guten Empfehlung auch gelebte Schulpraxis werden.

Kontakt | Das Bundessekretariat
inneres@bundesschuelerkonferenz.com
% Stiftung Bildung – Am Festungsgraben 1 – 10117 Berlin
www.bundesschuelerkonferenz.com

